



Neuwahlen trotz Sparerlass auch auf politischen Wunsch?

Und auf einmal ist alles anders...

Am 11. und 12. März sind wir also aufgerufen in 26 Dienststellen und gleichzeitig landesweit die Personalvertretung neu zu wählen. Die „Schuld“ dafür wird der Organisationsreform angehängt, die die Verwaltungslandschaft und damit auch viele Dienststellen gehörig durcheinander gewirbelt hat.

Doch offensichtlich war das so eigentlich gar nicht vorgesehen und damit das ganze Theater auch nicht nötig: Denn mit Kundmachung vom 21. Dezember 2011, also rechtzeitig vor Inkrafttreten der Reform am 1. August 2012, wurde Artikel 9 des Landespersonalvertretungsgesetzes 1999 wie folgt geändert:

„1. Dem § 3 Abs. 6 wird folgender Abs. 7 angefügt:

„(7) Zur Wahrung der Kontinuität der Vertretung der Interessen der Bediensteten kann die Landespersonalvertretung unter Berücksichtigung der personalmäßigen Struktur der Dienststellen bei organisatorischen Änderungen von grundlegender und weitreichender Bedeutung einen Beschluss im Sinn des Abs. 2 fassen und/oder beschließen, dass bis zum Ablauf der laufenden Wahlperiode die Rechte und Pflichten einer Dienststellenpersonalvertretung weiterhin

- 1. von den gesamten im Amt befindlichen Dienststellenpersonalvertretern oder**
- 2. vom gewählten Obmann der Dienststellenpersonalvertretung oder**
- 3. vom gewählten Obmann und einzeln zu bestimmenden Mitgliedern der Dienststellenpersonalvertretung**

wahrgenommen werden.

Ein derartiger Beschluss hat in geheimer Abstimmung zu erfolgen, die Rechtsfolgen gem. § 34 Abs. 4 und gem. § 35 Abs. 2 zweiter und dritter Fall sowie Abs. 6 treten in diesem Fall erst mit Ablauf der laufenden Wahlperiode ein.“

Dementsprechend wurde stets beteuert, dass keine vorgezogenen Neuwahlen stattfinden werden. Dazu verkündete ein DPV-Obmann von der Mehrheitsfraktion folgendes:

„Bis zur nächsten Wahl 2015 bleiben alle Mandatäre im Amt, egal zu welcher Abteilung bzw. DPV-Neu sie kommen.“

Warum nun auf diese Kontinuität verzichtet und plötzlich Mitte Dezember überfallsartig Neuwahlen von der Mehrheitsfraktion beschlossen wurden, wissen wohl nur „große Wahlstrategen“!

Daher lieber parteiunabhängig:

